

Professor
Dr. Günter Brakelmann
Bochum

Einige Reflexionen über den 8. Mai 1945

Der 8. Mai 1945 ist der Tag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Einen Tag zuvor unterzeichneten im Hauptquartier des Oberbefehlshabers der Westalliierten in Reims General Eisenhower unter Anwesenheit eines Vertreters des Oberkommandos der Roten Armee der Generaloberst Alfred Jodl, der Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg und General Wilhelm Oxenius um 2.41 h die Gesamtkapitulation für die deutschen Truppen. Die Kapitulation tritt einen Tag später um 23.01 h in Kraft.

Am 9. Mai unterzeichnen um 0.16 h im Hauptquartier der Roten Armee in Berlin-Karlshorst unter General Shukow der General-Feldmarschall Wilhelm Keitel, Generaloberst Stumpf und Admiral Friedburg unter Anwesenheit eines westalliierten Vertreters die Kapitulationsurkunde, dessen Paragraph 1 lautet:

„Wir... übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft.“

Churchill jubelte:

„Die bedingungslose Kapitulation unserer Feinde war das Signal für den größten Freudesausbruch in der Geschichte der Menschheit.“

In England, in den USA, in Frankreich, in der Sowjetunion und in anderen Staaten wurde der militärische Sieg über das Hitler-Deutschland emphatisch gefeiert. Und in Deutschland dankten den Alliierten die aus 20 Konzentrationslagern und 165 Arbeitslagern befreiten Insassen, die aus verschiedenen Staaten und Völkern kamen. Und befreit fühlten sich die deutschen Frauen und Männer, die zum zahlenmäßig geringen deutschen aktiven Widerstand gehört hatten wie eine Minderheit von Deutschen, die in Reserve oder Gegnerschaft zur nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik gestanden haben.

Aber es ist eine nicht belegbare These, dass die Mehrheit des Volkes den 8. Mai als „Befreiung“ erlebt und empfunden hat. Für die meisten Deutschen war es das schreckliche Ende eines immer totaler gewordenen Krieges an den Fronten und in der Heimat. Und zuvor haben sie überwiegend in Treue zu ihrem Führer gestanden und alle Strapazen und Verluste gehorsam auf sich genommen. Trotz der 1944 immer schlechter werdenden Frontlage und der schon ab 1943 zunehmenden alliierten Flächenbombardements auf Städte und gezielte Angriffen auf Industrieanlagen und Verkehrswege und trotz des Verlustes von Wohnungen, des

Todes von Angehörigen, von Evakuierungen und immer dichterem Einschaltungen in die Kriegsmaschinerie und trotz des täglichen Kampfes um Lebensmittel und Kleidung, hat die Zivilbevölkerung durchgehalten und auf einen Endsieg mit Hilfe von Vergeltungswaffen gehofft. Die alliierte Erwartung, dass durch ihren Luftkrieg die Zivilbevölkerung ihre Loyalität zum NS-System langsam aufgeben würde, erwies sich als Irrtum. Einen letzten Höhepunkt der Verehrung ihres Führers brachte die Zeit nach dem 20. Juli. Die Verschwörer und Attentäter im Umfeld des militärischen und zivilen Widerstands galten weithin als Verräter. Die meisten Deutschen blieben bis zum bitteren Ende bei ihrer Hitlerstreue.

Als nun die Kapitulation erfolgte, wurde sie als Niederlage eines zuvor mächtigen Deutschlands empfunden. Gescheitert war der hoffnungsvoll begonnene Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus“ und den „verjudeten Westen“. Bolschewisten und Demokraten machten sich nun – so das Denken vieler Besiegter - über ein Deutschland her, das sich heldenhaft gegen eine an Menschen und Material überlegene Weltverschwörung gewehrt hat. Die Geschichte schien für viele ihren Sinn verloren zu haben. Und sie erwarteten nun die Rache der Sieger. Der amerikanische Oberbefehlshaber hat für seine Soldaten ein Fraternalisierungsverbot ausgesprochen:

„Die Offiziere und Mannschaften haben auf den Straßen, in Häusern, Cafe`s, Filmtheatern usw. sich den deutschen Männern, Frauen und Kindern fernzuhalten. Ein Kontakt mit der Bevölkerung ist nur im dienstlichen Verkehr gestattet. Jede Art des persönlichen Umgangs hat zu unterbleiben. Ich wünsche keine gegenseitigen Besuche, keine Teilnahme an sozialen Veranstaltungen, kein Händeschütteln. Bloße Kapitulation bedeutet noch nicht Frieden. Der Einfluss der Nazis hat alles durchdrungen, selbst die Kirche und die Schulen. Die Besetzung Deutschlands ist ein Kriegsakts, dessen oberstes Ziel die Vernichtung des Nazi-Systems ist. Für euch Soldaten ist es noch zu früh, zwischen guten und schlechten Deutschen zu unterscheiden...“

Die Alliierten haben den Krieg nicht für die Befreiung der Deutschen aus dem NS-System geführt, sondern für die Zerschlagung des deutschen Militarismus und Imperialismus, der europäische Staaten zerschlagen, Völker politisch unterdrückt und ökonomisch ausgebeutet hat. 6 Millionen deutsche und europäische Juden sind vernichtet worden. Und 3 Millionen nichtjüdische Zivilisten, KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter sind umgekommen, 3 Millionen Russen sind in Kriegsgefangenschaft gekommen und der größere Teil von ihnen in Lagern verhungert. 20 Millionen Russen, 6 Millionen Polen, 500.000 Franzosen und 700.000 Engländer und Amerikaner sind von der SS und der Wehrmacht im militärischen Kampf oder in Liquidierungsaktionen getötet worden. Die deutsche Vernichtungsbilanz ausländischer Menschen ist weitaus höher als die eigenen Verluste mit 7 Millionen Menschen. Hitler-Deutschland war für die Alliierten ein auf einer rassistischen Ideologie beruhendes Unterdrückungs- und Mordsystem. Dies zu beseitigen, war ihr gemeinsames Ziel. Dabei war ihnen

bewusst, dass die meisten Deutschen der Außenpolitik ihres Führers, angefangen vom Austritt aus dem Völkerbund über die Aufrüstung und Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht bis hin zum Polen- und Frankreichfeldzug und dem Krieg gegen England und die USA aus Gründen der Revision des Versailler Vertrages und mit dem Ziel einer deutschen Weltmachstellung zugestimmt haben. Vor allem der Krieg gegen die bolschewistische Sowjetunion als ein Entscheidungskrieg zwischen den weltanschaulichen und ordnungspolitischen Grundlagen des Bolschewismus und des Nationalsozialismus hatte in Deutschland große Popularität. Hitler galt für viele als innenpolitischer Sieger über den deutschen, international orientierten Kommunismus und von ihm erhoffte man die Zerschlagung des stalinistischen Bolschewismus. Hitler als charismatischer Führer und als Oberbefehlshaber der Wehrmacht hatte in den Herzen und Köpfen der meisten Deutschen eine tiefe Verankerung. Sie erklärt den anfänglichen Siegesrausch und am Ende den verzweifelten Abwehrkampf, der im Jahre 1944 mit der modernsten und höchsten Rüstungsproduktion und mit der zahlenmäßig stärksten Wehrmacht geführt wurde.

Die Alliierten kannten diese Realitäten des „inneren Deutschland“ sehr genau. Als sie in Deutschland einmarschierten, wurden sie nicht als die Befreier von einem verhassten System begrüßt, sondern in ihnen sah die Mehrheit die siegreichen Feinde, die das deutsche Reich besetzten und zerstörten, die Deutschland als politisches Subjekt ausradierten und in Besatzungszonen der Siegermächte aufteilten. Vom 17. Juli bis 2. August tagte die Potsdamer Konferenz. In dem Abkommen heißt es über Deutschland:

„Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es bald gehorcht hat, begangen wurden. ... Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“

Und es heißt:

„Das deutsche Volk muss überzeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlebt hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.“

Aber auch dies soll gelten:

„Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten....“

In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.“

Festgelegt wird die Eingliederung von Ostpreußen, Danzig, Pommern in die Verwaltung des polnischen Staates. Die Oder-Neiße-Linie gilt als Grenze zwischen dem Restdeutschland und Polen. Die Überführung der noch im Osten Deutschlands verbliebenen Bevölkerung soll „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ geschehen.

Und schließlich:

Deutschland verliert seine Ostprovinzen. Millionen von Flüchtlingen kommen in die vier Besatzungsgebiete. Ihre Integration verläuft nicht immer freundlich von Seiten der Einheimischen.

Schließlich heißt es:

„Reparationen sollen durch Sachwerte geleistet werden wie Beschlagnahme deutschen Auslandsbesitzes, Demontage von Fabrikanlagen usw.....“

Und in der Tat: in allen Zonen wurden maschinelle Anlagen und andere verwertbare Industrieprodukte demontiert. Im Ruhrgebiet wurden z. B. Hochöfen demontiert und nach England verschickt. Es kam zu wütenden Streiks der Arbeiter gegen diese Maßnahmen. Die Arbeiterschaft, im Kriege unter den Bedingungen von pausenlosen Luftangriffen durch lange Arbeitszeiten körperlich geschwächt, erlebt nach dem 8. Mai eine neue Periode harter Arbeit unter dem Mangel an Lebensmitteln und Kleidung. Die Befreiung vom Nazismus war für sie verbunden mit neuen Entbehrungen und Unsicherheiten. Und die militärischen Verwaltungsorgane bestimmten weithin ihre Lebensbedingungen. Die bald nach Kriegsende gewählten Betriebsräte wurden Schutz gegen Willkür und Helfer in der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Zeit der Kapitulation am 8. Mai war für die arbeitende Bevölkerung der Beginn einer Zeit mit neuem ökonomischem und sozialem Elend. Zur Freude über das Ende des Krieges trat sehr bald die Enttäuschung über die Verhältnisse nach dem 8. Mai.

Dieser Tag brachte auch den Millionen von Flüchtlingen auf dem Weg nach dem Westen keine Veränderung ihrer Situation. Vor dem 8. Mai zogen sie immer nahe den Kampfgebieten in Trecks mit Pferd und Wagen oder zu Fuß über die Landstraßen, die von den zurückweichenden deutschen Truppen stellenweise vermint waren. Viele Menschen, zumeist Frauen, ältere Männer und Kinder, wurden samt ihrem mitgeführten Vieh in Stücke zerrissen. Etliche wurden auch von Panzern der Roten Armee überrollt und lagen tot oder verletzt an den Straßenträndern. Nach dem 8. Mai geriet man nicht in Kampfgebiete, aber die Straßen waren mit militärischen Pferde- und Lastwagen und mit Flüchtlingsgruppen voll gestopft. Verpflegung und Übernachtungsmöglichkeiten zu bekommen war äußerst schwierig. Man durchlebte auch nach

dem Waffenstillstand das ganze Elend der Flucht. Gedanken einer Befreiung zu bekommen, kamen kaum auf, alles Denken und Fühlen richtete sich auf das Durchkommen und Überleben. Mit dem Sterben und dem Tod war man in den letzten Wochen konfrontiert worden. Viele ältere Leute starben auf den Leiterwagen, viele Kleinkinder starben an Unterernährung und Krankheiten. Irgendwo wurden sie schnell begraben.

Während die Flüchtlingswelle nach Westen ging, liefen oder fuhren Millionen von Kriegsgefangenen nach Osten in die russischen Gefangenenlager. Bevor man dort ankam, starben unterwegs Hunderttausende an Unterernährung und körperlicher Schwäche, an ihren Verletzungen und Krankheiten. In den Lagern erwartete sie eine rigide Lagerordnung und körperlich schwere Arbeit. Sie empfanden alles als unmenschliche Behandlung. Nach den militärischen Strapazen folgten die Leiden in Gefangenenlagern als Arbeitslagern. Sie kamen aus einem nationalsozialistischen totalitären System in ein anderes totalitäres System, dem stalinistischen. Niemand oder nur wenige haben dieses Schicksal als Befreiung empfunden.

Die größte Evakuierungsaktion vollbrachte am Ende des Krieges die deutsche Marine, die einsatzfähige und verwundete Soldaten und Zivilisten aus Kurland und Ostpreußen nach Dänemark und Schleswig-Holstein brachten. Nach Kriegsende lebten diese in Lagern, von Engländern bewacht, die sich im Gegensatz zu den Russen um halbwegs zumutbare Lagerbedingungen sorgten. Viele Flüchtlinge fanden in den Städten und Dörfern kein neues Zuhause, sondern lebten ein beengtes und kärgliches Leben in Baracken. Sie empfanden sich als die eigentlichen Verlierer des Krieges. Sie hatten Haus und Hof, Angehörige und Nachbarn verloren. Sie erlebten die Nachkriegszeit als neue Leidenszeit und hatten nur eine Sehnsucht: möglichst bald ein eigenes Leben irgendwo in den Westzonen leben zu können.

Ein besonderes Schicksal hatten die im Krieg in einem ländlichen Teil des Reiches evakuierten Mütter und Kinder wie die Schüler, die mit ihren Lehrern in Kleinstädten oder in KLV-Lagern gelebt hatten. Sofern sie im Osten Deutschlands untergebracht waren, suchten sie Wege, wieder in die alte Heimat zurückzukommen. Lehrer und Lehrerinnen haben hier die gewaltige Leistung vollbracht, ganze Klassen durch das Chaos nach Hause zu bringen. Auch hier war das Bewusstsein der Betroffenen bestimmt von dem Willen durchzukommen und nicht umzukommen. Als Aufbruch in eine neue Welt hat niemand sein Schicksal interpretiert. Befasst man sich mit zeitgenössischen Quellen, so hat die Mehrheit der Deutschen den 8. Mai 1945 nicht als Tag der Befreiung erlebt. Für die meisten war es der schmerzliche Tag einer totalen Niederlage nach einem totalen Krieg. Vor allem das Vordringen der Sowjetunion nach Mitteleuropa und die Errichtung einer sowjetischen Besatzungszone wie einige Monate später die Potsdamer Konferenz mit ihren Abtretungsbeschlüssen alten deutschen Bodens an Polen

haben die meisten verstanden als Rache der Sieger, die die absolute Verfügungsgewalt über das zerstückelte Deutschland ausübten. Die Sieger selbst verstanden sich zudem nicht als die Befreier des deutschen Volks, sondern als die Zerstörer des innen- und außenpolitischen Systems des Nationalsozialismus. Sie wussten sich als die Sieger über das Unrechts- und Gewaltsystem des Diktators Hitler. Und sie ließen das dem hitlertreuen Deutschen Volk spüren, dass es sich nicht selbst von den Ideen und Praktiken ihres Führers und seiner Trabanten befreit hatte. Und die Sieger waren es, die ohne deutsche Beteiligung den internationalen Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg durchführten und den Prozess einer Entnazifizierung in Bewegung setzten. Die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit hat vor alliierten Sondergerichten begonnen. Deutsche waren nur Zeugen der Anklage.

Und doch: inmitten der unmittelbaren Nachkriegszeit gibt es bei aller politischen Rechtlosigkeit und allen sozialen Elends den Beginn der Entwicklung eines neuen politischen Lebens. Schon früh kam es zu Wieder- und Neubegründungen demokratischer Parteien. Die Symbolfigur war für die SPD der aus jahrelanger KZ-Haft entlassene Kurt Schumacher, für die CDU der alte Zentrumsmann Konrad Adenauer und für die FDP der alte Liberale aus der Weimarer Zeit Theodor Heuß. Mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte wurden Stadt- und Landesparlamente gewählt und Regierungspräsidenten eingesetzt. Es begann eine rege Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Militärregierung und den neuen deutschen Verwaltungsgremien. Die Parteien und Volkshochschulen wie die neu ins Leben gerufenen säkularen und konfessionellen Jugendorganisationen betrieben eigene und gemeinsame politische Bildungsarbeit. Das Ziel war die geistige und praktische Heranbildung junger Demokraten als Träger eines zu entwickelnden demokratischen Gemeinwesens. Englische und amerikanische Kultureinrichtungen verstanden sich als Hilfe der Erziehung zur Demokratie. Von der Rede des USAußenministers am 6. September 1946 an, in der er einen Wandel der amerikanischen Besatzungspolitik ankündigte: Sie wolle dem deutschen Volk „zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt“ verhelfen und dem demokratischen, föderativen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands dienen. Bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes am 24. Mai 1949 erfolgt eine Reihe von Länderverfassungen und Gesetze und Verordnungen zum Wiederaufbau und zur Währungsreform, die schließlich in den drei Westzonen am 20./21. Juni 1948 durchgeführt wurde. Sie bedeutet den Beginn für die Normalisierung des Wirtschaftslebens und legte den Grundstein für das kommende „Wirtschaftswunder.“ Als wirtschaftliches Ordnungsmodell wurde in der Zusammenarbeit von Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern das Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ entwickelt. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften entwickeln eine verbindliche Tarifgemeinschaft. Die

ordnungspolitischen Grundlagen der späteren Bundesrepublik, die sich unter zahlreichen Konflikten zu einem modernen Rechts- und Sozialstaat ausbaut, sind in dieser Phase der Nachkriegszeit entwickelt worden. Die Befürchtungen und Ängste, die mit dem 8. Mai verbunden waren, machten bald Platz für Zuversicht und Leistungsbereitschaft. Der Schmerz über die Niederlage wandelte sich allmählich bei vielen Deutschen in den politischen und moralischen Willen, eine neue demokratische politische Ordnung zu schaffen und einzuüben wie eine Wirtschaftsordnung als einen „dritten Weg“ zwischen Laissez-faire-Kapitalismus und planwirtschaftlichen Staatssozialismus anzustreben. Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes am 24. Mai 1949 mit seinen individuellen Freiheitsrechten und mit seinen sozialstaatlichen Rechten begann eine neue Phase in der Entwicklung eines Gemeinwesens, wie es die deutsche Geschichte bisher nicht gekannt hat.

Aber es ist nicht zu vergessen, dass diese Bundesrepublik nur möglich wurde, weil die Westalliierten den politischen Nutzen eines florierenden Staates an der Nahtstelle zum sich bildenden Ostblock erkannten. Ohne den sich schnell entwickelnden „Kalten Krieg“ ist die Bildung der Bundesrepublik nicht zu denken.

Ohne ihre Integration in das westliche Werte – und Verteidigungsbündnis ist ihre folgende Entwicklung nicht zu beschreiben. Innerhalb weniger Jahre haben die Westalliierten zunächst ihren Anteil an der Zerschlagung des nationalsozialistischen Systems und dann einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung des westdeutschen Staates zu einem demokratischen Gemeinwesen und zu einem internationalen Partner gehabt.

Sieht man auf diese im Ganzen geglückte und von der Mehrheit mitgetragene Entwicklung kann der 8. Mai auch in einem anderen Licht erscheinen: als historisch-politische Notwendigkeit für einen zukünftigen Neubeginn eines anderen Deutschlands. Beides sollte zusammen gesehen werden: die realen Schmerzen und Leiden im Zusammenhang eines totalen Krieges und seines Endes in einer bedingungslosen Kapitulation und die Eröffnung neuer politischer und moralischer Chancen für die Entwicklung eines demokratischen Rechts- und Sozialstaates. Diese Ambivalenz sollte man nicht vergessen.

Und die Rolle der evangelischen Kirche vor und nach dem 8. Mai?

In den meisten Kirchen wurde bis zum Ende des dritten Reiches für den Führer und für den Endsieg Deutschlands gebetet. Die Mehrheit der Protestanten dachte wie der bekannte lutherische Bischof Marahrens, der nach dem Attentat auf Hitler in seinen Wochenbriefen schrieb:

„Der verbrecherische Anschlag, der dem Leben des Führers galt, ist in seinen unübersehbaren Folgen, die er für unser Volk in seinem Kampf auf Leben und Tod gehabt haben würde, durch Gottes Gnade abgewandt. Unmittelbar nachdem uns das Attentat zu Kenntnis kam, haben wir des-

halb bestimmt, dass im Kirchengebet des nächsten Sonntags der gnädigen Bewahrung des Führers in Dank und Fürbitte gedacht werde. Wir danken Gott, dass er unserem Führer Leben und Gesundheit bewahrt und ihn in der Stunde höchster Gefahr unserem Volk erhalten hat. Möchte die überwundene Gefahr unserem dankbaren Volk die Kraft restlos Einsatzes erhöhen.“

Nicht alle evangelischen Christen haben so gedacht wie der Bischof, der nach dem Krieg sagte:

„Fehler sind gemacht worden. Dass aber meine Grundhaltung gegenüber dem Dritten Reich falsch gewesen sei, könnte mir nur jemand nachweisen, der es fertig bekäme, die Lehre des Paulus von der Obrigkeit Römer 13 mit Gründen der Heiligen Schrift – Gründe der politischen Vernunft könnten mich hier nicht überzeugen! - zu widerlegen oder die Lehre Luthers von den beiden Reichen in ihrem echten ursprünglichen Verstande `ad absurdum` zu führen.“

Aber nicht alle Theologen und Laien haben so gedacht wie der deutschnationale Bischof. Vor allem im Raum der Bekennenden Kirche hat es kritische Stimmen nicht nur gegen die nationalsozialistische Religions- und Kirchenpolitik gegeben, sondern auch gegen die deutsche Kriegs- und Besatzungspolitik. Nur ein Beispiel: Die 12. Bekenntnissynode der altpreußischen Union am 16. / 17. Oktober 1943 brachte eine Auslegung des 5. Gebotes, in der es u. a. hieß:

„Der Umfang, den das Töten im Kriege annimmt, könnte uns leicht stumpf machen gegenüber der Tatsache, dass Gott das Töten untersagt. Das fünfte Gebot gilt immer. Ein christliches Gewissen kann es nicht überhören. Nie wird ein Christ Freude am Blutvergießen haben. Er wird es verabscheuen, Völker in den Krieg zu treiben. Die schrecklichen Begleiterscheinungen stehen ihm lebendig vor Augen. Zum Töten gehört auch die indirekte Art des Tötens, die dem Nächsten den Raum zum Leben nimmt, so dass er nicht mehr leben kann, oder die es unterlässt, ihn aus Todesnot zu retten. Wider Gottes Willen tötet auch, wer keimendes Leben vernichtet. Zum Töten gehört die geistige Verletzung des Nächsten mit Wort und Spott, gehört jede Verunglimpfung des Nächsten und Herabsetzung seiner Person. Zum Töten gehört die Hinterziehung von Lebensmitteln und Kleidung, gehört die Verdrängung des Nächsten aus seiner Lebensstellung, gehört Schadenfreude, Hass und Rachedurst. Gott aber will, dass wir das Leben des Nächsten hoch achten...

Begriffe wie „Ausmerzen“, „Liquidieren“ und „unwertes Leben“ kennt die göttliche Ordnung nicht. Vernichtung von Menschen, lediglich weil sie Angehörige eines Verbrechers, alt oder geisteskrank sind oder einer anderen Rasse angehören, ist keine Führung des Schwertes, das der Obrigkeit von Gott gegeben ist.“

Das sind seltene öffentliche Aussagen von evangelischen Christen während des Krieges. In den Reihen des politischen Widerstands, die ein Ende des Krieges mit der gleichzeitigen Vernichtung des NS-Systems verbanden, befinden sich vorrangig evangelische Laien wie Goerdeler, Moltke, Yorck und viele andere, die nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet worden sind. Sie repräsentieren aber im deutschen Protestantismus eine kleine Minderheit.

In den ersten Jahren nach der Kapitulation werden die Fragen nach dem Verhalten der Kirche und ihrer Christen gegenüber dem NS-System leidenschaftlich diskutiert, ohne zu einer einhelligen Auffassung zu kommen. Was man gemeinsam sprechen konnte, findet sich in der Stuttgarter Erklärung vom 19. Oktober 1945. Der zentrale Satz heißt:

„Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment, seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat: aber wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“

Konkretes wird nicht genannt. Man spricht in traditioneller religiöser Sprache ein allgemeines Schuldbekenntnis. Und selbst dieses blieb nicht ohne Kritik und Ablehnung in kirchlichen und kirchenpolitischen Gruppen.

Eindeutiger gesprochen hat nur der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland in seinem Darmstädter Wort „wider Gleichgültigkeit, Träumerei und Spekulationen“ vom 8. August 1947. Dieses Wort verdient es, in Erinnerung gerufen zu werden:

„1. Uns ist das Wort von der Versöhnung der Welt mit Gott in Christus gesagt. Dies Wort sollen wir hören, annehmen, tun und ausrichten. Dies Wort wird nicht gehört, nicht angenommen, nicht getan und nicht ausgerichtet, wenn wir uns nicht freisprechen lassen von unserer gesamten Schuld, von der Schuld unserer Väter wie von unserer eigenen, und wenn wir uns nicht durch Jesus Christus, den guten Hirten, heim rufen lassen auch von allen falschen und bösen Wegen, auf welchen wir als Deutsche in unserem politischen Wollen und Handeln in die Irre gegangen sind.

2. Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, den Traum einer besonderen deutschen Sendung zu träumen, als ob am deutschen Wesen die Welt genesen könne. Dadurch haben wir dem schrankenlosen Gebrauch der politischen Macht den Weg bereitet und unsere Nation auf den Thron Gottes gesetzt. – Es war verhängnisvoll, dass wir begannen, unseren Staat nach innen allein auf eine starke Regierung, nach außen allein auf militärische Machtentfaltung zu begründen. Damit haben wir unsere Berufung verleugnet, mit den uns Deutschen verliehenen Gaben mitzuarbeiten im Dienst an den gemeinsamen Aufgaben der Völker.

3. Wie sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine „christliche Front“ aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die es erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.

4. Wir sind in die Irre gegangen, als wir meinten, eine Front der Guten gegen die Bösen, des Lichtes gegen die Finsternis, der Gerechten gegen die Ungerechten im politischen Leben und mit politischen Mitteln bilden zu müssen. Damit haben wir das freie Angebot der Gnade Gottes an alle durch eine politische, soziale und weltanschauliche Frontenbildung verfälscht und die Welt ihrer Selbstrechtfertigung überlassen.

5. Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, dass der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommandem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.

6. Indem wir das erkennen und bekennen, wissen wir uns als Gemeinde Jesu Christi freigesprochen zu einem neuen, besseren Dienst zur Ehre Gottes und zum ewigen und zeitlichen Heil der Menschen. Nicht die Parole: Christentum und abendländische Kultur, sondern Umkehr zu Gott und Hinkehr zum Nächsten in der Kraft des Todes und der Auferstehung Jesu

Christi ist das, was unserem Volk und inmitten unseres Volkes vor allem uns Christen selbst nottut.

7. Wir haben es bezeugt und bezeugen es heute aufs Neue: „Durch Jesus Christus widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen“, darum bitten wir inständig: „Lasst die Verzweiflung nicht Herr über Euch werden, denn Christus ist der Herr, gebt aller glaubenslosen Gleichgültigkeit den Abschied, lasst Euch nicht verführen durch Träume von einer besseren Vergangenheit oder durch Spekulationen um einen kommenden Krieg, sondern werdet Euch in dieser Freiheit und in großer Nüchternheit der Verantwortung bewusst, die alle und jeder Einzelne von uns für den Aufbau eines besseren deutschen Staatswesens tragen, das dem Recht, der Wohlfahrt und dem Inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient“.

Hier sind einige wichtige Themen aufgelistet, die innerhalb des Nachkriegsprotestantismus heftig und kontrovers diskutiert worden sind. Besonders in den Evangelischen Akademien (Bad Boll, Loccum, Berlin u. a.) hat es Tagungen gegeben, in denen nach der Mitschuld in der Vergangenheit und gleichzeitig über die Mitverantwortung für ein anderes Deutschland diskutiert wurde. Auf Gemeindeversammlungen, in Presbyterien, in Regionalsynoden, auf Landessynoden, auf EKD-Synoden und auf Kirchentagen sind geschichtskritische und gegenwartsrelevante Themen verhandelt worden. In den Kammern der EKD für politische und soziale Verantwortung sind Denkschriften erarbeitet worden, die das breite Spektrum des neuen kirchlichen Engagements für die Bundesrepublik als eines demokratischen Rechts- und Sozialstaates und für Fragen einer internationalen Friedensordnung widerspiegeln. Die Kirche begann, eine andere Kirche als in der NS-Zeit zu werden. Sie entwickelte nach und nach eine Sozialethik, die sich den Problemen einer humanen Wirtschaftsordnung und den Problemen einer humanen Arbeitswelt zuwandte. Ein neuer Arbeitszweig wurde aufgebaut: Der „Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt“. Sozialpfarrer, Sozialsekretäre und Sozialsekretärinnen bauten dialogische Kontakte zu Betrieben und Unternehmen, zu Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, zu Betriebs – und Personalräten auf. Eine evangelische Jugendarbeit gab Schülern, Lehrlingen, Gesellen und Jungarbeitern Hilfen, sich mit den Inhalten ihrer Mitverantwortung vor Ort zu befassen. Wie es im Einzelnen auch gewesen sein mag: im Ganzen entwickelte die evangelische Kirche in der Zeit nach dem 8. Mai 1945 sehr schnell Konzepte politischer und gesellschaftlicher Diakonie. Sie hat ihren Anteil an den Reformen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gehabt.

Sagt die Kirche heute etwas über den 8. Mai 1945, so sollte sie beides zur Sprache bringen: die Kapitulation als nationale und menschliche Katastrophe und zugleich als Ausgangspunkt für eine Neubesinnung kirchlich-theologischer Verkündigung und verantwortlicher praktischer Mitarbeit der „Weltchristen“ an der Profilierung eines demokratischen Rechts- und Sozialstaates. Der Schmerz über den langen Krieg mit seinen Verlusten an Menschen, Kulturgü-

tern und alten deutschen Provinzen, der Schmerz über den 8. Mai 1945 mit seinen politischen Folgen und der Schmerz über das alltägliche Leben in der unmittelbaren Nachkriegszeit bleiben. Aber der dann folgende lange Weg unseres Gemeinwesens kann überwiegend auch Dank für das Gelungene entbinden und Zuversicht für das noch Ausstehende geben.